

22.01.09



anzen Ausmaß der Zerstörungen wird sichtbar. In dem Flüchtlingslager  
Foto: Getty Images

## Menschenrechtler

### Kriegsführung / Debatte um Phosphorgranaten

Opfern und Zivilisten unter dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit befolgt habe. Amnesty hat ein Ermittlerteam in den arabischen Staaten, in der Nacht, es habe im Gau Phosphorgranaten gefunden worden.

ser aufgenommen hätten. Eine Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation WHO fand dafür aber keine Belege.

Die sogenannte DU-Munition wurde bislang von den USA auf dem Balkan, im Irak und in Afghanistan eingesetzt. Die Verwendung im Gaza-Streifen halten Militärexperten für unwahrscheinlich, da es dort kaum gepanzerte Ziele gegeben habe. Israel besitzt Panzer und Kampfhubschrauber, die uranhaltige Munition verschießen können. Es ist unklar, ob die USA Israel solche Munition geliefert haben. Israel dürfte diese aber auch selber herstellen können. Nach dem Libanon-Krieg 2006 war der gleiche Vorwurf erhoben worden.

## Ausland

### Wilders muss vor Gericht

**Amsterdam** – Die niederländische Staatsanwaltschaft muss die islamkritischen Äußerungen des rechtspopulistischen Abgeordneten Geert Wilders doch strafrechtlich verfolgen. Ein Berufungsgericht in Amsterdam entschied am Mittwoch, Wilders solle wegen Volksverhetzung angeklagt werden. Seine Aussagen seien nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Wilders sprach von einem „schwarzen Tag für mich und für die Meinungsfreiheit“. Die Staatsanwaltschaft hatte im vergangenen Jahr eine Anklage abgelehnt mit der Begründung, Wilders' Kurzfilm „Fitna“ und seine Äußerungen in den Medien seien zwar herabwürdigend gegenüber Muslimen, aber nicht strafbar. „Fitna“ hatte im März 2008 weltweit für Aufsehen und für Empörung in der muslimischen Welt gesorgt. In der Zeitung *De Volkskrant* hatte Wilders geschrieben, er habe genug vom Islam in den Niederlanden: „Lasst keinen einzigen Muslim mehr einwandern“, erklärte er und nannte den Koran ein „fasisches Buch“. **AP**

### EU rügt Jugendämter

**Brüssel** – Der Petitionsausschuss des Europaparlaments hat die Bundesregierung aufgefordert, die Arbeit der deutschen Jugendämter besser zu kontrollieren. Das könne etwa über die Parlamente geschehen, meinte der Vorsitzende Marcijn Libicki. Das EU-Parlament hatte in den vergangenen zwei Jahren 250 Petitionen von Eltern erhalten, die sich über Eingriffe der Jugendämter in ihre Familien beschwerten. „Es steht fest, dass Rechte verletzt wurden“, sagte Libicki. So sei ausländischen Eltern das Recht verweigert worden, mit ihren Kindern in der Muttersprache zu sprechen. Bedenklich sei auch, dass die Jugendämter einerseits die Urteile der Familiengerichte vollstreckten, andererseits aber auch die Gutachten für diese Urteile erstellten. **cob**

### Kurze Debatten in Paris

**Paris** – In der französischen Nationalversammlung hat es einen Eklat wegen der von Staatspräsident Nicolas Sarkozy geforderten zeitlichen Begrenzung von Parlamentsdebatten gegeben. Linke Abgeordnete sehen darin einen Versuch, die Opposition mundtot zu machen. Die Maßnahme ist ein zentrales Element von Sarkozys Verfassungsreform. Kern des Streits ist der neue Artikel 13. Er sieht Zeitkonten für die Fraktionen vor. Sind diese erschöpft, soll ohne weitere Debatte über einen Gesetzestext abgestimmt werden können. Vor der Abstimmung über die Änderung in der Nacht zum Mittwoch sangen die Linken die Marseillaise, anschließend verließen sie demonstrativ den Plenarsaal. Die konservative Mehr-